

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dem Skandal die Krone!

Ein Beamter der Republik als offizieller Verteidiger des Justizmordes. — Kapitän Canaris von Geßler geschickt. — Weitere Enthüllungen Dittmanns.

Der große Saal des Haushaltsausschusses ist heute noch dichter gefüllt als gestern. Ohne weiteres Vorspiel nimmt Genosse Dittmann das Wort zur Vervollständigung seines Vortrages. Er schildert den kläglichen Verlauf des von der Regierung Michaelis im Reichstag gegen die unabhängigen Abgeordneten geführten Vorstoßes und bringt über seine Vorbereitung abenteuerlich klingende, aber atmenmäßig bewiesene Enthüllungen.

Ein angeklagter Matrose Calmus hatte, um sein Leben zu retten, den Kriegsratsräten eine Geschichte von einer Konferenz aufgebunden, die er mit Dittmann, Ledebour und einer abenteuerlich zusammengewürfelten Gesellschaft gehabt haben wollte. Die Geschichte war so lächerlich erfunden, daß man fast annehmen könnte, Calmus habe die Leichtgläubigkeit seiner Peiniger auf die Probe stellen wollen. Sie fielen prompt auf alles herein, und so kam es zu der großen, elend im Sande verlaufenen Reichstagsaktion gegen die unabhängigen Abgeordneten.

Im zweiten Teil seines heutigen Vortrages bringt dann Dittmann neues Material zur Geschichte der Revolution von 1918. Daß die Flottenerhebung ihren Anlaß in einem eigenmächtigen Operationsplan der Admirale gegen England hatte, war schon bekannt. Dittmann bringt für diese Tatsache eine Fülle neuer urkundlicher Beweise. Die Mannschaften erkannten, daß es sich um eine Erhebung der Offiziere gegen die Reichsregierung des Prinzen Max von Baden handelte und verweigerten den Gehorsam. Das war der Ausgangspunkt der Revolution. Die Regierung in Berlin wurde schamlos belogen! Wie klar aber die Mannschaften den Zusammenhang der Dinge erkannt hatten, zeigen die Auslagen der damals verhafteten.

Den Anstoß zur Revolution von 1918 gab die Meuterei der Admirale!

Als Dittmann geendet, gibt der deutschnationale Vorsitzende Philipp dem Regierungsvertreter Korvettenkapitän Canaris, wie er ausdrücklich sagt, zu einer „Entgegnung“ das Wort.

Man glaubt falsch gehört zu haben, denn was hat die heutige Regierung, was hat das heutige Reichswehrministerium auf die atmenmäßige Darlegung Dittmanns zu „entgegenen“? Ist etwa die heutige Regierung, das heutige Reichswehrministerium in dieser Sache Partei?

Aber wirklich, der Korvettenkapitän der Republik spricht als Verteidiger der Korvettenkapitäne der Monarchie und ganz wie sie. Er ist von Geßler beauftragt, aber er redet genau so, als ob er von Herrn v. Capelle beauftragt wäre, als ob überhaupt nichts gewesen wäre zwischen 1917 und 1926, als ob sich nichts geändert hätte, gar nichts geändert hätte!

Die provozierenden Ausführungen dieses Vertreters der republikanischen Marineleitung gaben begrifflicherweise Anlaß zu stürmischen Zwischenfällen, die schließlich zur Entfernung des Canaris führten. Wir berichten darüber an anderer Stelle.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung nimmt zur Fortsetzung seines Berichtes das Wort

Abg. Dittmann (Soz.)

In der Vorstellung der hohen Marineoffiziere war die U.S.P. die treibende Kraft der angeblichen politischen Verschwörung. Am 24. August erklärte Staatssekretär v. Capelle vertraulich:

Eine so gute Gelegenheit wie die heutige, gegen die revolutionäre Partei vorzugehen, ergibt sich so leicht nicht wieder.

Neulich äußerte sich Kriegsminister v. Stein. Diese Tendenz beherrscht das ganze Verfahren. Am 11. November schreibt v. Capelle an den Kriegsminister und den Staatsanwalt, man sei in Erörterungen darüber eingetreten, ob man nicht schon Verurteilungen Straffreiheit oder Begnadigung zusichern solle, wenn sie weiteres zur Aufdeckung beitragen. Dieses Verfahren war dem Oberreichsanwalt Dr. Zweigert bedenklich. Er mahnte zur Vorsicht gegenüber den Aussagen von Beurteilten, die vielleicht in Hoffnung auf Begnadigung gemacht würden. Reichpietsch selbst war zwei Tage nach seiner Beurteilung noch einmal vernommen worden. Er wiederholte, daß seine Unterhaltungen mit den Abgeordneten harmlos gewesen seien und benannte Haase, Dittmann, Bogherr und Frau Zieg als Zeugen. Warum ist diesem Verlangen nicht stattgegeben worden? Eine teilweise Antwort auf diese Frage gibt eine Aufzeichnung Capelles zur Benützung im Reichstag, wo gesagt wird:

Die Gerichtsherrn seien davon ausgegangen, daß eine Vernehmung der Abgeordneten zu einer mildereren Beurteilung der Angeklagten geführt haben würde.

Davor also hatte man Angst! Die Abgeordneten hätten wahrheitsgemäß bezeugt, daß sie und die Partei von den Stockholmfisten und dem ganzen Verschwörerplan nie etwas gehört hätten. Das wäre eine Katastrophe für die Anklage gewesen. Wir selbst

hätten keine Ahnung davon, daß wir bezichtigt wurden, an den Dingen beteiligt zu sein. Das erfuhren wir ja erst am 9. Oktober. Dobring erhielt das Eisene Kreuz. Er hat eine Hausdurchsuchung bei der U.S.P. abgelehnt, die der Admiralsrat Dr. Felsch doch durchführen ließ. Sie ergab nichts. Aber die Offiziere brauchten die Ablenkung auf die U.S.P., weil sie sonst wegen ihres Verschuldens an den Bordmischständen zur Verantwortung gezogen worden wären. Darum sah man überall Verschönerung.

Die Hehe gegen die U.S.P.

Run begann das ständige Drängen des Hochseefliegers nach einer Verfolgung der U.S.P. Man ging auch darauf ein und erzwang, ob man den Reichstag schließen sollte, um die Abgeordneten ohne Genehmigung verhaften zu können, ob ein neues Sozialistengesetz notwendig sei oder ob man nur gegen die nicht immune Frau Zieg und einen jungen Wertschreiber ein Verfahren einleiten sollte. Zu diesem Verfahren kam es schließlich auch, aber es mußte eingestellt werden, weil eben nichts vorlag. Helfferich gestand am 24. August:

Ich wäre gern gegen die U.S.P. vorgegangen. Da aber jetzt das Material noch schwächer als vorher ist, sehe ich dafür keinen rechten Weg.

Geßlers Vertreter.

Stürmische Zwischenfälle. — Korvettenkapitän Canaris der Hilfe für die Liebknechtmörder beschuldigt!

In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages kam es zu stürmischen Zwischenfällen. Nachdem der Abg. Dittmann seinen Vortrag beendet hatte, erhob sich als Vertreter des Reichsmarineamts, also auch der Leitung der Reichswehr, der Korvettenkapitän Canaris. Während seiner Ausführungen wurde er wiederholt von Juraten unterbrochen, allgemein war die Verwunderung darüber, daß man einen solchen Mann als Vertreter des Reichswehrministeriums in den Ausschuh geschickt habe. Wiederholt wurde ihm zugerufen, daß man die eiserne Stirn bewundere, mit der er an dieser Stelle aufzutreten wage.

Nachdem er geendet hatte, verlangte Abg. Dr. Moses (Soz.) das Wort zur Geschäftsordnung. Er verlangte zu erfahren, ob Herr Canaris identisch sei mit jenem

Canaris, der im Prozeß gegen die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen Pflugschaltung und Vogel tätige gewesen sei, und gegen den der schwere Vorwurf erhoben wurde, daß er Vogel zur Flucht verholfen habe.

Sei es dieser Canaris, dann müsse der Ausschuh die Konsequenzen daraus ziehen; es sei eine Bräuterei, daß ein solcher Mann hier aufzutreten wage.

Herr Canaris erwiderte, er sei als Vertreter der Marineleitung hier und wolle deshalb über seine Person nicht sprechen. Darauf erhob sich ein ungeheurer Lärm. Dem Canaris wird zugerufen: Feiger Mörder!

Abg. Rosenberg (Komm.) nennt den Vorgang beispiellos, daß der Reichswehrminister Geßler in den Ausschuh einen Mann als Vertreter entsende, gegen den die schwersten Vorwürfe krimineller Art erhoben werden. Er beantrage, jetzt die Sitzung zu unterbrechen, weil die Mehrheit es unter ihrer Würde halte, zusammen mit einem solchen Regierungsvertreter zu tagen. Der Vorsitzende solle mit dem Reichswehrminister in Verbindung treten, damit er vor dem Ausschuh erscheine und erkläre, aus welchen Motiven er einen solchen Vertreter hierher geschickt habe.

Abg. Bräuninghaus (Dp.) wünscht, daß er erst keine Gegenüberstellungen gegen den Vortrag von Dittmann mache.

Abg. Joos (Z.) schlägt vor, daß der Ausschuh in geschlossener Tagung den heutigen Vorgang behandeln solle.

Abg. Dittmann schließt sich dem Antrag des Abg. Rosenberg an und weist darauf hin, daß das von Canaris vorgetragene Material bereits vom Reichsgericht geprüft worden sei.

Abg. Dr. Bredt (Wp.) regt an, daß zunächst erst einmal in den Verhandlungen fortgefahren und alles Material entgegengenommen werde.

Abg. Dr. Moses (Soz.) ruft dazwischen, daß der Ausschuh in Gegenwart eines solchen Vertreters des Reichswehrministeriums nicht weiter verhandeln wolle.

Inzwischen hat sich der Korvettenkapitän Canaris mit seinen Vorgefetzten und Freunden eifrig unterhalten und schließlich nimmt er zu folgender Erklärung das Wort:

„Die hier verlangten Auskünfte über meine Person werden von meiner vorgefetzten Stelle gegeben werden. Ich werde mich hier nicht verteidigen.“

Canaris verläßt darauf den Saal.

Damit gilt der erregende Zwischenfall zunächst als abgeschlossen, und kurz nach 1 Uhr beginnt der Korreferent Abg. Bräuninghaus (D. Dp.) seinen Vortrag.

Neulich äußerte sich v. Capelle. Der Admiralsrat Felsch berichtete aus Leipzig:

Der Vertreter des Oberreichsanwalts sei befürgt über die Vorkommnisse und habe nach einer schlaflosen Nacht erklärt, daß tatsächliche Unterlagen nicht gegeben seien. In den Protokollen des vierten Geschwaders würden Handlungen auf die U.S.P. zurückgeführt, die in einer Zeit stattfanden, als die U.S.P. noch gar nicht bestand. Offenbar sei den Abgeordneten vieles unterstellt worden, was gar nicht von diesen ausgegangen sei und wofür sie die Verantwortung mit Recht ablehnen dürften.

Ebenso wie Freiherr v. Eberg, der Vertreter des Oberreichsanwalts, äußerten sich Reichsanwalt Richter und Reichsjustizminister Krause: Auch die Konserervative Partei habe am 25. August erklärt, daß sie ihre Zustimmung zur Verfolgung der Abgeordneten auf Grund des vorliegenden Materials nicht geben könne.

Das „Geständnis“ des Matrosen Calmus.

Schließlich wurde aber der Kaiser gegen Capelle mobil gemacht. Die Angst vor der Ungnade des Kaisers hat diesen dann zu seinem Vorstoß im Reichstag am 9. Oktober veranlaßt. Der Redner schildert dann die bekannten Vorgänge jener Sitzung, in der der Vorstoß des Reichsanwalts Dr. Michaelis und des Herrn v. Capelle so kläglich scheiterte, daß nach dem Zeugnis Helfferichs die beschuldigten Abgeordneten schließlich als Triumphtoren dastanden. Das überstürzte Vorgehen der Regierung war offenbar durch ein Telegramm des Kriegsgerichtsrats Dr. Loesch aus Wilhelmshaven veranlaßt, das am 9. Oktober früh bei der Regierung eingetroffen war, und folgenden Wortlaut hatte:

Nach Geständnis des Angeklagten Calmus Hauptverhandlungstermin Mittwoch, den 10. Oktober. Es kommt in Frage Hochverrat gegen Person Sr. Majestät. Urheber nach Geständnis des Calmus Reichstagsabgeordneter Dittmann und Ledebour im Verein mit deutschen Offizieren in Uniform, scheinbar englischen und französischen Offizieren. Calmus n. U. Geständnis wiederholen in Hauptverhandlung.

Das Geständnis des Matrosen Calmus vom Schiff „Rheinland“, von dem in dem ominösen Telegramm die Rede ist, macht der Phantasie des Mannes alle Ehre. Es füllt neun große Schreibmaschinenseiten und liest sich wie ein Rindroman. Kurz skizziert behauptete er folgendes:

„Er sei am 1. August auf Urlaub gefahren, am 2. August habe er in das Bureau der U.S.P. - Zentrale in Berlin gewollt. Auf der Treppe zum Bureau sei er von einem Mann, der sich als Reichstagsabgeordneter Dittmann vorgestellt habe, abgefangen und aufgefordert worden, mitzukommen. Auf der Straße habe sich der Abgeordnete Ledebour zu ihnen gesellt. Sie hätten sich zu drei zuerst mittels Drohke, dann mit der Straßenbahn und schließlich zu Fuß in eine im Norden Berlins gelegene sehr nobel eingerichtete Wohnung begeben, in der sie

von drei uniformierten Offizieren, zwei Feldwebeln und zwei Unteroffizieren und einem Zivilisten erwartet

worden seien. Calmus sei mit Essen und Trinken bewirtet worden, wobei ihm der eine Offiziere, ein Major, gesagt habe, er solle nur ordentlich reinhauen. Nach dem Essen habe Ledebour ihm dann den Plan der Marineuntere auseinandergelegt und ihm gesagt, er, Calmus, wäre ihm als zuverlässiger Mensch hingestellt worden, und einer der Offiziere habe gewünscht, er solle sich ehrenwörtlich verpflichten, mitzumachen. Mit der Hand auf der Klinge des Offiziersdegen habe er dann sein Ehrenwort abgegeben müssen. Dann habe Dittmann aus einer Ledermappe allerlei Papiere hervorgeholt, einer der Offiziere habe ihm zu seinem Schutze einen Revolver gegeben. Darauf habe Dittmann

an Hand der Papiere, die in englischer, französischer und russischer Sprache geschrieben gewesen seien,

nachmals eingehend den Plan der Marineverschwörung erörtert. Schließlich habe Dittmann ihm 5000 Mark in Banknoten oder Gold versprochen, wenn er bis Ende August die Unterschriften der Mannschaften von den Schiffen des ersten Geschwaders einholte und die Organisation an Bord in die Hand nehmen würde. Einer der Offiziere habe dabei mit Geld in einem Lederbeutel geklappert. Neben dem Beutel habe ein Haufen deutsches und amerikanisches Goldgeld gelegen. Dittmann habe weiter gesagt, er habe noch eine Ertrasache für ihn und habe ihm dann den Plan entwickelt, bei der nächsten Anwesenheit des Kaisers in Wilhelmshaven ein

Attentat auf den Kaiser mittels einer Höhenmaschine zu verüben. Als Ort des Attentats habe er eine Stelle im Südhafen bezeichnet, wo in nächster Nähe eine Boot zum Entlichen liegen werde; er würde sicher über die Grenze kommen. Dittmann habe ihm 10000 Mark Handgeld, nach Gelingen des Attentats das Zehnfache versprochen. Während Dittmann gesprochen, hätten die Offiziere Goldgeld in Säulen aufgebaut, und Ledebour habe ihm mit dem Finger darauf aufmerksam gemacht. Er sei plötzlich erregt aufgesprungen und habe mit gezogenem Revolver die Anwesenden aufgefordert,

die Hände auf die Stuhllehnen zu legen und den Attentatsplan zu verzeihen.

Erschreckt sei man dieser Aufforderung nachgekommen. Darauf habe er gesagt, er habe sein Ehrenwort gegeben, die Organisation an Bord in die Hand zu nehmen, das würde er auch tun, aber wenn er das geringste von dem Attentat hören werde, so würde er die Sache melden. Dann sei er aus dem Zimmer und aus dem Hause gesprungen, habe zunächst eine Wirtschaft in der Nähe aufgesucht und sei dann zum Bahnhof gegangen, um nach Essen zu fahren.“

Calmus erlebte 15 Jahre Zuchthaus. Ledebour und ich waren aber an dem Tage, an dem die Unterredung mit Calmus stattgefunden haben sollte, in Stockholm, wie sich aus der Abstemmung unserer Botschaft ergibt. Ich habe später Calmus in Wien aufgesucht, wo er mir vor Zeugen erklärte:

Dr. Coesch habe ihn mit Erschießen gedroht, um belastende Aussagen gegen die Abgeordneten herauszupressen. Am sein Leben zu retten, habe er schließlich die Aussage gemacht.

Dabei habe er gewünscht, daß die Abgeordneten ihr Alibi würden nachweisen können. Daß er also sich selber werde retten können, ohne ihnen zu schaden. Von unseren Personen hatte Calmus Personalbeschreibungen gegeben, die nicht stimmten. Das Haus, wo die erfundene Unterredung stattgefunden haben sollte, hat er nicht gefunden.

Der Redner schildert weiter, wie unaufhörlich nach einem gerichtlichen Vorgehen gegen die Abgeordneten gedrängt wurde. Am 2. November schrieb er Michaelis an Capelle, daß leider nie direktes Schuldmaterial zutage gefördert worden sei. Nach Hauptmann Henning, der jegliche völlige Abgeordnete, der an verfallenen Schiffsprojekten teilgenommen hatte, mußte zugeben, es sei schwer, gegen die Abgeordneten einzuschreiben, da bestimmte Handlungen nicht nachweisbar seien. Amtsrichter Dr. Heuthöfer machte den Marinejustizbeamten den Vorwurf, selbst das offizielle Programm der USP nicht genau gekannt zu haben.

Der Flottenvorstoß gegen England.

Wie sehr die Gewalttäter auf der Flotte und die Marinekriegsgerichtsstände das Wesen der auf den Schiffen herangebrachten Unzufriedenheit verkannten, wenn sie glaubten, mit Todes- und Zuchthausstrafen sie bannen zu können, zeigte sich sehr bald darin, daß die Bewegung trotz der barbarischen Strafen weiterging. Staatssekretär v. Capelle schrieb am 10. September 1917, also 5 Tage nach der Erschießung von Reichpietsch und Köbis, in einem Bericht an die Marinestellen in Wilhelmshaven und Kiel:

Zwei Todesurteile sind bereits vollstreckt, ohne daß anscheinend die im Fluß befindliche Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

Darin ist der Bankrott der Abschreckungsabsicht, die Admiral v. Scheer mit den Erschießungen verfolgt hatte, klar ausgesprochen. Wie sollte die Bewegung auch zum Stillstand kommen. Wirkten doch ihre Ursachen weiter, die in den inneren Verhältnissen auf den Schiffen lagen. Die Verpflegungsmißstände, die schlechte Behandlung der Seele durch die Offiziere, die Ungerechtigkeiten in der Urlaubsberechnung, der unsinnige Exzessivismus und der ganz unsoziale Geist, die völlige Verständnislosigkeit für die Mannschaftspsychologie.

alles war nach den Erschießungen im wesentlichen genau so wie vorher, wenn auch eine geringe Erhöhung des Verpflegungsgeldes erfolgt war. Die Erschießungen aber wirkten nur noch mehr erbitternd und empörend, weil sie allgemein als Akt brutaler militärischer Willkür und Verfolgungssucht betrachtet wurden. Die Marinemachtgeber waren eben mit Blindheit geschlagen. Statt den unerträglichen Druck, der durch die Bordmischstände auf den Leuten lastete, zu mildern, haben sie ihn immer mehr gesteigert. Der Herrenstandpunkt wurde auf den Schiffen auch im Kriege von den Offizieren nicht aufgegeben. Ausnahmen bestätigten auch hier die Regel. In der Enge und Abgeschlossenheit des Bordlebens trat

der scharfe Gegensatz zwischen dem elenden Mannschaftsleben und dem Herrenleben der Offiziere

viel schroffer hervor als in der Armee, wo sich in den letzten Kriegsjahren der blinde Gehorsam bereits stark abgeschliffen hatte. Dazu kam auf den Schiffen noch die erzwungene Untätigkeit in den heimischen Gewässern, die in den Mannschaften die Sehnsucht nach einem Ende des jahrelangen Gefängnislebens in den schwimmenden Eisenkäfigen bis zur Verzweiflung steigerte. Aus dieser psychologischen Verfassung der Leute erklärt sich auch ihr brennendes Interesse für alle politischen Vorgänge, die den von ihnen so leidenschaftlich herbeigesehnten Frieden fördern konnten. Als auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs

das deutsche Waffenstillstandsangebot an Wilson herauskam, ist es auf den Schiffen der Marine als verheißungsvolles Vorzeichen des endlich nahenden Friedens begrüßt worden, und mit fiebernden Herzen haben die physisch und seelisch gemarterten Heizer und Matrosen auf jede Nachricht gewartet, die ihnen die Erlösung aus ihrer Schiffshölle

in greifbare Nähe rückt. Und in einer derartigen Situation planten die Admirale auf eigene Faust einen Flottenvorstoß gegen England! Die Mannschaften haben ihn verhindert. Schuld daran soll wieder die USP sein. Aber auch diese Behauptung ist falsch. Daß in der Atmosphäre der allgemeinen Friedenshoffnung bei den Leuten keine Reizung mehr bestand, am Ende des Krieges ihr Leben in einer sinn- und nutzlosen Angriffsaktion aufs Spiel zu setzen, das konnte nur von so völlig verblendeten Herrenmenschen nicht erkannt werden, wie es die Mehrzahl der hohen Marineoffiziere gewesen ist. Aus den Zeitungen wußten die Matrosen und Heizer, daß die neue Volksregierung des Prinzen Max von Baden den U-Bootkrieg eingestellt hatte, und sie befahlen soviel gesunde Logik, um daraus folgern zu können, daß die Regierung in der Situation, in der sie den Frieden erwartete, unmöglich einen Flottenvorstoß gegen England befohlen habe oder auch nur gutheißen könne. Und sie haben damit auch völlig recht gehabt.

Hinter dem Rücken der Reichsregierung und des Kaisers als Obersten Kriegsherrn, ist der Flottenvorstoß gegen England von den Marinegewaltshabern auf eigene Faust verübt worden.

Im November 1918 haben sie zu leugnen gesucht, daß überhaupt ein Vorstoß gegen England beabsichtigt gewesen sei. Im Münchener Dolchstoßprozeß ist diese Absicht zugestanden worden, ebenso ergab sich dort, daß der Vorstoß ohne Wissen der Reichsregierung erfolgen sollte. Für den kritischen Leser der Berichterstattungen maßgebender Marinekreise stand das auch bisher schon fest. Das ergab sich bereits aus einem Artikel, den Admiral v. Scheer im Märzheft 1919 der „Süddeutschen Monatshefte“ veröffentlicht hat. Er spricht dort lediglich von „der Absicht“ des Flottenvorstößes, sagt aber nicht, daß diese „Absicht“ nur bei ihm und seinen Mitverschworenen bestand, die Reichsregierung jedoch und auch der Kaiser von dieser „Absicht“ nichts wußten und ihre Zustimmung nicht gegeben hatten. Die Darstellung des Admirals v. Scheer wird völlig klargestellt durch Konteradmiral v. Ledebow im Aprilheft 1924 der „Süddeutschen Monatshefte“. Er berichtet dort über die Verhandlungen, die Ende Oktober 1918 zwischen den leitenden Marine- und Heeresstellen auf der einen Seite und der neuen Reichsregierung und dem Kaiser auf der anderen Seite bezüglich der Einstellung des unbeschränkten U-Bootkrieges stattgefunden haben. Konteradmiral v. Ledebow teilt dabei mit, daß Admiral v. Scheer dem Kaiser Max von Baden gesagt habe, wenn der U-Bootkrieg eingestellt werde, so erhalte die Hochseeflotte dadurch automatisch ihre operative Freiheit wieder. Aber kein Wort sagt Konteradmiral v. Ledebow darüber, daß der Kaiser etwa gewußt und zugestimmt hätte, daß mit der Flotte nunmehr sofort auch ein Angriffsvorstoß gegen England unternommen werden sollte; das ist der beste Beweis, daß eine solche Zustimmung des Kaisers tatsächlich nicht erfolgt ist, sonst hätte v. Ledebow sich darauf berufen. Ebenso ist nach Ledebow auch dem Kaiser lediglich die Tatsache mitgeteilt worden, daß die Hochseeflotte nun nicht mehr gebunden sei, aber auch ihm ist nicht gesagt worden, daß die Flotte nun tatsächlich einen Vorstoß unternehmen wolle. Von einer solchen Absicht hat auch der Kaiser nichts gewußt und auch er hat seine Zustimmung dazu nicht gegeben. Am 22. Oktober 1918 will Konteradmiral v. Ledebow den Befehl des inzwischen zum Chef des Admiralsstabs der Marine anancierten Admirals v. Scheer an den nunmehrigen Chef der Hochseeflotte, Admiral v. Hipper:

„Hochseestreitkräfte sollen zum Angriff und Schlagen gegen englische Flotte eingesetzt werden“

persönlich überbracht haben. Der Vorstoß sollte am 30. Oktober ausgeführt werden. Konteradmiral v. Ledebow berichtet weiter, daß am 26. Oktober Marine-Thronvortrag im Schloß Bellevue gewesen sei, und sagt dann wörtlich:

Seine Majestät erwähnte, er habe der am selben Tage im Reichstag beschlossenen Unterstellung der Militär Gewalt unter die Zivilgewalt seine Zustimmung erteilt.

Admiral v. Scheer und Konteradmiral v. Ledebow wußten also aus dem Munde des Kaisers selbst, daß nunmehr die Militär Gewalt — und damit auch die Seetrategie — dem Reichskanzler in aller Form unterstellt war, und daß sie deshalb ohne Zustimmung des Reichskanzlers keinerlei operative Handlung mit der Flotte unternehmen durften, die geeignet sein konnte, die Verhandlungen des Kanzlers mit der Entente zu stören. Trotzdem gaben sie am Tage darauf, am 27. Oktober, ihre Zustimmung zu dem ihnen vom Hochseekommando unterstellten Operationsbefehl für den 30. Oktober. Auch in seinem neuesten Buch

„Dem Segelschiff zum U-Boot“ gibt Admiral v. Scheer diesen Sachverhalt zu. Das war Rebellion.

offene Meuterei.

war Hochverrat gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat dazu. Der gequälte und denkende Mensch in den Heizern und Matrosen rebellierte nun gegen die Rebellion der Admirale, meuterte gegen die meuternden Offiziere. Am Abend des 29. und in der Nacht zum 30. Oktober 1918

riß die Flotte die Feuer unter den Kesseln heraus,

und Heizer und Matrosen verweigerten in der Nacht und am folgenden Morgen den Gehorsam gegenüber dem Befehl zur Ausfahrt der Flotte. Der Flottenvorstoß gegen England mußte aufgegeben werden. Sofort wurde scharenweise die Verhaftung von Heizern und Matrosen vorgenommen und die Marinetriegsgerichtsstände begannen wieder ihr Werk der Unterjochung. Aber ehe sie damit recht begonnen hatten, war die Explosion da. Die Mannschaften der Schiffe forderten stürmisch die Freilassung der Verhafteten und erzwangen sie mit Gewalt. Der Kadavergehorsam, der im Ranne den Menschen vergewaltigt war gebrochen, es gab nun kein Halten mehr, die Rebellion wurde zur Revolution. Sie war der Punkt, der im ganzen Reich und in der Armee die gleiche Explosion hervorrief. Die Untersuchungsakten, die über die Rebellion vom 29. und 30. Oktober angelegt worden sind, zeigen klar,

daß die Mannschaften das Spiel ihrer Offiziere durchschaut hatten.

Sie erklärten, daß der Flottenvorstoß gegen England ein Staatsstreik gegen die Regierung des Prinzen Max von Baden sei, um sie zu stürzen, und ihre Verhandlungen mit der Entente gewaltsam zu sprengen, und daß der Vorstoß unmittelbar gegen den Frieden gerichtet sei. Diese Erklärungen lehren in den Aussagen der Verhafteten immer wieder, gleichzeitig enthalten sie auch die Versicherung, daß man bereit sei, zu einem Flottenvorstoß auszuführen, wenn die neue Volksregierung es beschle, auch daß man zur Verteidigung gegen einen etwaigen englischen Flottenvorstoß bereit sei, ebenso daß man willens sei, zum Minensuchen auszulassen. Die Gehorsamsverweigerung richtete sich lediglich gegen das eigenmächtige, hochherrliche Vorgehen der Offiziere.

Die Aussagen der Verhafteten.

die unmittelbar nach den Geschehnissen am 1., 2. und 3. November vor Kriegsgerichtsrat Dr. Coesch und vor Offizieren gemacht und protokolliert worden sind, bilden für den Historiker eine der ersten Quellen zur Beurteilung der Vorgänge. Der Redner verliest eine große Zahl von ihnen, woraus folgendes wiedergegeben sei:

Oberheizer Scharke 1. November 1918:

Die Meinung im ganzen Schiff war, es würde ein Vorstoß gemacht, und man würde kurz vor dem Friedensschluß sein Leben nicht mehr auf das Spiel setzen. Außerdem ist gesagt worden, daß der Flottenschef diesen Vorstoß nur auf eigene Verantwortung machen würde. Das dürfte er aber nicht ohne die heilige Regierung. Wenn der Reichstag seine Erlaubnis für diesen Vorstoß gegeben hätte, dann wäre es eben Befehl von der Volksregierung, und man würde mitmachen. . . . Mit dem Rinnenuchen war die Mannschaft einverstanden, mit dem Vorstoß nicht. . . .

Oberheizer Schildgen am 1. November 1918:

Am 30. morgens ging ein Gepräch durch das Schiff, daß am Abend vorher ein Zeugschiff gewesen wäre in der Offiziersmesse. Hier wäre die Rede gewesen von dem ruhmvollen Untergang der Flotte und daß man sich nicht ergeben wolle. Es ging um die Ehre, man wolle lieber den Heldentod sterben. Diese Redensarten wurden im Schiff erzählt. . . . In der Kassalette und in der Batterie standen die Leute gruppenweise zusammen, und ich hörte, wie sie sprachen, wir sollten an die englische Küste fahren, sie wollten aber nicht mitmachen, sonst hätten wir die Friedensverhandlungen. Die Friedensbedingungen wären abends 11 Uhr ankommen. Das sagten alles die Matrosen, und es mögen auch Heizer dabei gewesen sein. Weiterhin wurde gesprochen, daß die Volkserhebung nichts von dem Unternehmen wußte, der Flottenschef würde dies aus eigener Macht ausführen. . . . Der Kommandant sagte, daß kein Vorstoß geplant sei, das wäre nur ein falsches Gerücht. . . .

Obermatrose Ring:

Die ganze Besatzung ließ im Schiff herum und sagte, wir wollten nicht ausfahren. . . . Nach 24 Stunden vor dem Waffenstillstand wollten sie noch eine Seeschlacht liefern. . . .

Obermatrose Kurawski:

Es ging am Abend schon das Gerücht, wir wollten nicht zum Minensuchen raus, sondern der Flottenschef habe irgend etwas vor, um den Friedensschluß zu verhindern. Ferner sollten die Offi-

Du wandelst jetzt auf Schönherrns Spuren,
die Scholle hat Dirs angetan?
Du Rossfedler auf „Berber“-Huren,
was warf dich so aus deiner Bahn?

Am anderen Mittag brandete unser Tisch im Volkshaus wie ein Vulkan. Und der sonst vor sich Hinbrütende war verwandelt, aufgereizt. Er sprach über seine Trägheit und warum er sie geschrieben hätte. Daß man nicht menschenverachtend und respektlos der Welt ihren Lauf lassen dürfe, sondern daß es darauf ankäme, die Masse zu paden und aufzurütteln, zum Erleben und Leben und zum Handeln. Und deshalb schreibe er Volksstücke.

Eugen Ortner hat seine Sturm- und Drangzeit überwunden. Die Thüringer Theaterwiesen. In einer von Weimarer Stadtrat einstimmig angenommenen Entschließung in der Frage des Zuschusses für das Deutsche Nationaltheater in Weimar verlangt, daß, falls der thüringische Staat auf seinen in Aussicht genommenen Anprüchen und der geplanten Neuregelung besteht, der Staatsgerichtshof gemäß dem Auseinanderlegungsvertrag anzurufen ist.

Die Staatszuschüsse zu den zahlreichen Thüringer Landes-theatern werden von der Thüringer Rechtsregierung stark gekürzt (z. T. infolge der unerschämten Ansprüche der abgesetzten Landesväter, die zwar die Domänen usw. einsparen, die daraus früher bestrittenen Kulturaufgaben aber gnädigst dem Lande überlassen wollen). Die Stadt Weimar fühlt sich dadurch in ihren Rechten benachteiligt.

Ein Neubau des Germanischen Museums. Das Germanische Museum in Nürnberg, dessen kostbare Sammlungen immer mehr anwachsen, hat jetzt mit der Errichtung eines Neubaus begonnen, der das 1921 vorläufig abgeschlossene Galeriegebäude ostwärts mit dem Verwaltungsgebäude am Kornmarkt verbindet. Der Bau ist bereits so weit gefördert, daß man hofft, die damit gewonnenen Räume, vor allem den Nebensaal, im Sommer zugänglich zu machen.

Erkennungen der Woche. Mont. A. Theater: „Der Dämon“, „Dienst“, „Renaissance-Theater: „Der Zusammenbruch“, „Schloßpark-Theater: „Die Frau ohne Ruh“, „Donnerstag, Kammertheater: „Die letzte Geliebte“, „Frei. Stadttheater: „Orpheus“, „Deutsches Theater: „Quarez und Maximilian“, „Sonntag, Hoftheater: „August der Starke“.

Brands-Vorträge. Sonntag, Donnerstag, 16. Sonntag: „Meghden“, — Montag: „Die Trochader der Zukunft“, — Montag, 16. Sonntag: „Die Wunderwelt des blauen Hells“, — Dienstag (7): „Südamerika als Einwanderungsland“, — Mittwoch (7): „Rundfunk“, — Freitag, Sonntag, 5 u. 7: „Die Geunanten“.

Russischer Kunstabend. Die „Gesellschaft der Freunde des neuen Ausland“ veranstaltet am Montag 8 Uhr im „Rustischen Hof“, Sonnenstr. 21/22, ein Konzert des russischen Geigers R. Willein. Der russische Schauspieler Sokolow und Wera Schneider werden Gedichte des jüngst verstorbenen Dichters I. K. J. lesen.

Eine Auszeichnung. Den Orden Pour le merite (Verdienstorden) für Wissenschaft und Künste haben die Professoren Hilber-Göttingen und Venz Berlin sowie der Kaiser Graf v. Kalckreuth erhalten.

Die kleine Residenz.

Von Paul Gutmann.

In zehn, zwanzig Jahren wird die kleine Residenz das Wanderziel amerikanischer Reisegesellschaften sein, die zur Abwechslung an Stelle tannibalischer Opferstätten einmal die fossile Kultur Deutschlands kennen lernen möchten.

Am Bahnhof entdeckt der Reisende bereits, daß er sich in einer andern Welt befindet. Die beiden Hotels, die dem Bahnhof gegenüber sich befinden, heißen: „Zum Erbprinzen“ oder „Zum Herzog August“ oder „Fürstenthor“ oder „Prinzessinnenhof“; sie deuten an, daß hier eine bessere Hofluft, keine gewöhnliche Bürger- oder gar Proletarierluft weht. Mit dem Rücken gegen den Bahnhof steht Dagobert der Erlauchte in einem Hermelinmantel oder auch in schlachter Generalsuniform. Eine Aufschrift besagt: „Errichtet von dem dankbaren Volk“. Fragt man einen der Einheimischen nach den Gründen dieser Dankbarkeit, so antwortet der Betreffende gewöhnlich mit einem bedeutamen Schmungeln und listigen Augenblinzeln: „Sie, das war ein verfluchtes Kas. Wie der's mit den Weibern getrieben hat!“ Der amerikanische Forschungsreisende könnte hieraus den Schluß ziehen, daß der gewöhnliche Bürger in dem frühhistorischen Deutschland eine geheime Abneigung gegen die Monogamie hegte und darum den Stammeshöhlen verehrt, der gegen Bezahlung in Steuern alle Ausschweifungen und Laster besorgte, die selber ihm versagt bleiben mußten. So wird noch heute in einer solchen Residenz das Haus des Bäckers mit Rührung gezeigt, vor dessen Tor eine ganze Nacht die Hologuipage hielt, weil der geliebte Prinz Adolar dort die heilige Kultbehandlung für seinen ganzen Stamm ausübte. Die Bäckerin, die wegen außerordentlicher Beziehungen mit einem Gleichgestellten gesteinigt worden wäre, genos seither ebenfalls abergläubische Verehrung.

Die Bahnhofstraße führt gewöhnlich zu einem Tor, das mit Waffen und Geweihen geschmückt ist. Diese Zusammenstellung darf weiter nicht wundernehmen, denn der treue Bürger war dazu auserselbst, beide zu tragen. Dann kommt die Hauptstraße, die, wie alle übrigen Straßen der Residenz, nach einem Mittelstück des erbhabenen Herrscherhauses benannt ist. Noch immer ist dort jeder Krämer Hofflieferant, wie die Hebamme eine Hofhebamme und der Hühneraugenoperateur ein Hofhühneraugenoperateur ist. Wie man in manchen Höhlen der Urvergne noch heute die Spuren des Höhlenmenschen findet, so wird der Amerikaner in allen Gemüse- und Papiergeschäften die Ansichtskarten holdseliger Prinzessinnen vorfinden, die inzwischen längst verstorben oder zu lebenden Mumien geworden sind. Auch hier sorgt der patriotische und dabei schlaue Händler für Erweckung des Interesses. „Das ist die, welche damals das Kind von dem Stallmeister bekommen hat.“ Oder: „Das ist die Hebeil, die mit dem Musiklehrer durchgebrannt ist.“

Auf dem Marktplatz jammelt sich die Reisegesellschaft. Hier

steht der unvermeidliche Obelisk, um zu zeigen, daß man weiß, was eine alte Kultur ist. Entweder befindet sich auf ihm eine Inschrift, auf der vom Heldentod der Untertanen zu lesen ist (die man dazumal meistbietend verschaderte), oder worin sonst eine große stützliche Tat gebührend gepriesen wird. Davor steht in Helmschilde wieder einer jener Fürsten, dessen das Volk in Liebe gedenkt, wie er der weiblichen Bevölkerung, wofern sie einigermaßen hübsch war, in Liebe gedacht hat. Die Hauptstraßen münden sämtlich auf diesen Platz, der links vom Schloß, rechts von der Kirche flankiert wird. Wo viel geliebt wird, da wird auch viel vergeben, und so ist immer die Geislichkeit in der Nähe der Lebensfreude. Fürsten sind die von Gott bestimmten Erzieher des Volkes, und daher befinden sich vorm Schloß und am Schloßgarten alle griechischen Götter und Halbgötter in billigen Abgüssen. Hier weht klassische Luft, um dem Volk zugleich zu zeigen, welch ungeheurer Abstand seiner vulgären Christlichkeit und den heidnischen Fürstengöttern besteht. Man führt sich diesen Göttern verwandt und führt den gleichen heiteren, sittenlosen Lebenswandel wie sie.

Wenn die Amerikaner noch den Pavillon der sieben Mätressen und das römische Bad gesehen haben, wo die Gräfin Noira, die eigentlich die Frau eines Kubbauern gewesen ist, in Burgunder zu baden pflegte, so glauben sie, in einem großen Vorbild gewesen zu sein. Alle Straßen führen nach Rom, aber hier führten alle Straßen in das Schlafzimmer des Landesherren.

Eugen Ortner. Ueber die Anfänge, das durch die Berliner Ausführung seines Dramas „Michael Hundertpfund“ bekannt gewordenen Dichters Eugen Ortner wird uns aus seinem Leipziger Kreise geschrieben: Es war der übliche Kreis von Kaffeehausliteraten, der Kreis um Eugen Ortner. Ein begabter Feuilletonist und Chanfombichter, der aber nicht einmal was tat, wenn er kein Geld hatte, ein heruntergekommener Schauspieler, ein paar Raler. Man sah in Kaffeehäusern zusammen, trant viel Bier und brachte seine Menschenverachtung abwechselnd in Kraftausdrücken zum Vorschein. Gestan wurde nichts. Gestan hatte man mal etwas. Nämlich Revolution gemacht. Eugen Ortner hatte sogar bei den Unruhen in Sachsen eine Leipziger Kirche gefürmt, die Kanzel erschlagen und „an sein Volk“ gesprochen. Damals hatte man auch ein Kobareil, genannt „Der Rauch“. In dem Trupp Eugen Ortner jeden Abend sein Chanlon vor „Rein Hund hat Syphilis, was soll man dazu sagen?“ — bis die Polizei kam. Dazwischen schrieb er Dramen, in demselben Stil und so revolutionär, daß man sie regelmäßig auspfliff. Auch ein „Katechismus des Nihilismus“ stammt von ihm. Jetzt sah er mittags schweigend im Volkshaus, dann spielte er ein paar Stunden Schach und abends brütete er in Kaffeehäusern vor sich hin. „Eugen wird alt“, sagten seine Freunde. Da schrieb er seinen Michael Hundertpfund. Wie siebenten alle vor der Premiere. Und waren alle erschienen, so daß eigentlich gar nichts passieren konnte, wenn nur seine Freunde klatschten. Und es wurde ein Erfolg. Leipzig war erstaunt. Das war etwas ganz anderes, als man es von Eugen Ortner erwartet hatte. Katonel schrieb im „Leipziger Tageblatt“:

ziere an Land und an Bord Abschied gefeiert haben und dabei geklagt haben: Auf Wiedersehen in der Heimat, lieber ehrenvollen Untergang, als schmachvollen Frieden. Es war ausgesprochene Stimmung gegen das Inseegeben. Der Kommandant sprach erst mit Ring und fragte mich dann, was ich über die Sache dachte. Ich sagte ihm: Zum Rinnenjahren mühen wir in See gehen. Der Kommandant fragte mich, ob ich für Ruhe an Bord garantieren könne. Ich sagte, dafür kann ich volle Garantie geben. Ich bin der Ansicht, wenn das Inseegeben gegen den Willen der Regierung gegangen wäre, dann wäre es meine Pflicht gewesen, das Inseegeben zu verhindern. Ich glaube auch, ich habe dem Kommandanten volle Garantie für seine persönliche Sicherheit gegeben und würde ihn, wenn es nötig gewesen wäre, mit Einsatz meines Lebens verteidigt haben.

Matrose Kirsten:

Ich habe am Dienstag folgendes Gerücht gehört: Die Flotte sollte sich verammeln und sollte einen Vorstoß machen nach England, dort einen Gemischtschiff ausführen, um den Engländern zu zeigen, daß die deutsche Flotte noch da wäre. Es war die Meinung unter der Mannschaft, daß dieses getan werden sollte im Gegensatz zur jetzigen Regierung, um Verhandlungen über Waffenstillstand oder Frieden zu fören. . . . Außerdem soll noch jemand beim ersten Offizier gewesen sein und soll ihm vorgetragen haben, wie die Stimmung und Meinung der Mannschaft wäre und soll gesagt haben, ein derartiger Vorstoß wäre wohl nicht im Sinne der jetzigen Regierung. Darauf soll der erste Offizier geantwortet haben: „Ja, das ist Ihre Regierung.“ Ich glaube nicht, daß er den darin enthaltenen Gegenstand „Ihre Regierung ist nicht unsere Regierung“ besonders ausgesprochen hat. Ich glaube, dieses ist nachher nur so erzählt worden, ich glaube, die Stimmung ist dadurch noch gereizter und aufgeregter geworden.

Matrose Käppel:

Während ich in der Vorkammer war, wurde etwa folgendes erzählt: Es sollte ein großer Vorstoß gemacht werden und das 1. Geschwader eingesetzt werden. In der Offiziersmesse sei gefungen worden, Siegen oder Sterben. Dieser Vorstoß verleihe aber die Friedensbedingungen, die Regierung wisse auch davon nichts, sondern der Plan sei vom Kaiser ausgegangen, der sich selber auf der „Baden“ eingeschiffet habe und durch einen großen Seesieg wieder zu Macht und Ansehen kommen wollte. . . . Am Donnerstag morgen habe ich auch gesehen, daß das Bild von Admiral Scheer zertrümmert war und dafür ein aus der Zeitung ausgeschnittenes Bild von Scheidemann aufgestellt war. Auch hörte ich, daß gerufen worden sei: Hoch für Scheidemann!

Oberratsose Bloog:

Ueber die Beweggründe zu der Meuterei auf „Thüringen“ habe ich gehört, daß ein Vorstoß der Flotte ein Staatsstreich gegen die jetzige Regierung sein würde, und daß deshalb die Leute so kurz vor dem Frieden nicht mehr die Knochen hinhalten wollten.

Matrose John:

Ueber die Beweggründe zu den Vorkommnissen auf „Thüringen“ habe ich folgendes gehört: Die Flotte solle zu einem Vorstoß gegen England in See gehen. Dort solle sie ein ruhmreiches Ende nehmen. Der Kaiser habe sich auf „Baden“ eingeschiffet. Durch diesen Vorstoß sollten die Friedensverhandlungen verwickelt werden.

Aus all diesen Aussagen ergibt sich klar, daß die Leute bei der Gehorsamsverweigerung gar nicht an eine Auflehnung gegen die rechtmäßige Staatsgewalt, auch nicht an eine allgemeine Dienstverweigerung dachten. Im Gegenteil, sie traten für die Regierung ein gegen die meuternden Offiziere und wollten ihren gewöhnlichen Dienst weiter verrichten. Erst als die Offiziere gegenüber der Regierung ihre Absicht des Flottenvorstoßes leugneten, und die dupierte Regierung die Mannschaften wieder unter die Botmäßigkeit der Meuterer bringen wollte, lehnte sich die Auflehnung auch gegen die Regierung, weil diese sich nicht vom Einfluß der Offiziere freizumachen wußte. Roste, der damals von der Regierung nach Kiel geschickt wurde, sagt in seinem Buche „Von Kiel bis Rapp“:

„Mannschaften des 3. Geschwaders sind der Ansicht gewesen, die auslaufende Flotte solle in einer letzten Seeschlacht geopfert werden. Absolute Gehorsamkeit habe ich nie erhalten können, ob diese Absicht bei der Flottenleitung bestanden hat. Es ist in Abrede gestellt worden.“

Also auch Roste, der im Auftrage der Regierung gekommen war, ist von den Admiralen belagert worden. Die Auflehnung gegen den Flottenvorstoß war eine Abwehraktion und hatte keine aggressive Tendenz. Hätten die hochverräterischen Offiziere die zur Regierung haltenden Mannschaften nicht zu Hunderten einsperren lassen, so wäre es wohl kaum zu weiteren Folgen der Gehorsamsverweigerung gekommen. Es mußte natürlich auf die Mannschaften unangenehm erbittern wirken, daß die meuternden Offiziere, die ihren Verrat an der Regierung glatt leugneten, nicht nur nicht abgesetzt und zur Verantwortung gezogen wurden, sondern auch noch im Namen der von ihnen verratenen und belogenen Regierung

Strafmaßnahmen gegen die regierungstreuen Kameraden

vornahmen. Die Heizer und Matrosen schritten zur Selbsthilfe. Sie befreiten ihre verhafteten Kameraden, und nun erst wuchs die Bewegung sich allmählich zu revolutionären Formen aus, was nur deshalb möglich war, weil die allgemeinen Zustände jener Zeit ohnehin zur Revolution drängten. Wäre die Rebellion auf den Schiffen

von der USPD „gemacht“,

wie fälschlich behauptet wird, so hätten die Matrosen in Kiel gewiß nicht ausgerechnet Roste zu ihrem Führer erwählt, gegen den sich bei vielen Anhängern der USPD, eine bis zum Höhe gesteigerte Antipathie festgesetzt hatte.

Das Seitenstück zu Kiel und Wilhelmshaven ist so München und ganz Bayern. Dort kam es eher als im übrigen Deutschland zur Revolution, weil Oesterreich zusammengebrochen war und die antijohannitisch gestimmten bayerischen Bauern und Münchener Bürger

von der Angst gepackt wurden, daß die italienischen Truppen über Tirol nach Bayern kommen würden.

Also auch hier war es ein in den besonderen lokalen Verhältnissen liegender Grund, der die Revolution früher als andernwärts ausgedehnt hat.

Gerade in den Hafenstädten Kiel und Wilhelmshaven, sowie in München und ganz Bayern waren die Organisationen der USPD, und der Linken, die man in rechtsstehenden reaktionären Kreisen als die „Macher“ der Revolution hinzustellen versucht, relativ schwach, viel schwächer als in Berlin, Rheinland, Westfalen, Sachsen und Mitteldeutschland, wo der Ausbruch später erfolgte. Ende Oktober und Anfang November waren die Verhältnisse im ganzen Reich bereits reif zur Revolution und deshalb konnte die revolutionäre Erhebung in der Flotte auf das ganze Reich wirken wie der Funke im Pulverfaß.

Die wahren Schuldigen.

Wo waren also die Schuldigen? Nach dem Militärstrafgesetzbuch wird wegen Kriegsverrats mit dem Tode bestraft, wer die pflichtmäßige Fürsorge für die Verpflegung der Truppen unterläßt. Das Bestehen der Mannschaftsmenagebestände fiel zweifellos unter den Begriff des Kriegsverrats. Niemand hat aber gegen die schuldigen Offiziere ein Einschreiten gewagt. Am 3. November 1925 erzählte Kapitän zur See Perlius in der „Münchener Post“:

er habe am 23. November 1918 im „Berliner Tageblatt“ von einem Admiral erzählt, der Speck, Mehl, Kaffee usw. den Mannschaftsbeständen entnommen hätte, taas darauf sei der Herr, dessen Namen er nicht genannt habe, bei ihm erschienen, um seine Handlung zu entschuldigen: Das sei allgemein üblich gewesen, die höheren Vorgesetzten hätten es erlaubt.

In dieser Korruption war der Nährboden für die Unruhe in der Marine gegeben. Zum Schluß aber hatte sich die Not so gesteigert,

daß Deutschland im Winter 1918 bei Fortführung des Krieges den Nahrungsmitteln völlig entblüht gewesen wäre.

Daß in solch verzweifelter Situation ein Flottenvorstoß, und wenn er die englische Flotte noch so schwer getroffen hätte, für den Kriegsausbruch belanglos war, lag auf der Hand, aber er hätte die entsetzliche Katastrophe über Deutschland heraufbeschworen.

Das Waffenstillstandsangebot an Wilson war auf der Entente-seite zuerst mißtraulich als eine Falle angesehen worden. Für diese Auffassung hätte der Flottenvorstoß als schlagender Beweis gewirkt. Niemand auf der Entente-seite hätte geglaubt, daß der Vorstoß von der Marine auf eigene Faust ohne Einverständnis der Regierung erfolgt sei.

Ein einziger Schrei der Empörung über die heimtückische Treulosigkeit der Reichsregierung, die scheinheilig den Frieden gesucht und hintertrübs den Flottenvorstoß geführt, wäre durch die ganze Entente gegangen. Jede weitere Verhandlung wäre unmöglich gewesen. „Niederwerfen und vernichten!“ hätte die Parole der Entente gelaufen. Das deutsche Heer wäre militärisch aufgerieben, aufgedrückt worden, wäre zum großen Teil in Kriegsgefangenschaft geraten. Niemand hätte die Gelüste der französischen Imperialisten auf das linke Rheinufer zu jagen vermocht. Bayern hätte sich höchstwahrscheinlich separiert, die Auflösung und der Zerfall des Reiches wäre die Folge gewesen. Der Feind tief im deutschen Lande, höchstwahrscheinlich auch in Berlin, dazu die einschüchternde Hungersnot im Lande, also ein Chaos und eine Katastrophe, wie sie furchtbarer nicht ausgedacht werden kann.

Vor diesem Schicksal Land und Volk gerettet zu haben, ist das historische Verdienst der Heizer und Matrosen.

die an der Oktober-November-Wende 1918 die Feuer unter den Schiffstesseln herausrissen und das Licht der Axt verweigerten, um den wahnsinnigen Plan der Admirale zu vereiteln. Ihnen verdankt das deutsche Volk, daß ihm seine nationale Existenz erhalten geblieben ist.

Die geschichtliche Betrachtung der November-Ereignisse von 1918 muß eine grundlegende Aenderung erfahren. Am Beginn der Ereignisse steht nicht die militärische Rebellion der Marinemannschaften, sondern die militärische Rebellion der Admirale! Der Flottenvorstoß war der Dolchstoß der Seetruppenleitung in den Rücken der parlamentarischen Regierung des Prinzen Max von Baden, die auf dem Boden der Bismarckschen Reichsverfassung völlig legal gebildet worden war. Den Hoch- und Landesverrat der Admirale durchkreuzte die Gegenaktion der Matrosen und Heizer für die verfassungsmäßige Regierung. Die Reaktion der Admirale, die nunmehr einsetzte, löste erst die revolutionäre Erhebung der Heizer und Matrosen aus, die zum Beginn der Revolution im Reich wurde.

Das Wort Goethes, daß Revolutionen stets von den alten Mächthabern verschuldet sind, hat sich auch an den deutschen Marinemächthabern im Weltkrieg in vollstem Maße bestätigt.

Die Rede des Abg. Dittmann wurde von starken Kundgebungen begleitet und am Schluß mit lebhafter Zustimmung und Beifall entgegengenommen.

Vorsitzender Abg. Dr. Philipp (Dnat.) stellt fest, daß der Berichterstatter bei seinen schlußfälligen, sehr temperamentvollen Ausführungen eine Reihe von Wendungen gebraucht habe, die parlamentarisch nicht zulässig seien. (Lebhafte Zustimmung.) Es gehe nicht an, dem Offiziersstande vorzumerken, daß die

Menage von den Offizieren geschlossen

worden sei. (Gelächter bei den Sozialdemokraten und Kommunisten.) Eine solche Behauptung ist parlamentarisch unzulässig. Unter den Regierungsvertretern befinden sich eine Reihe von Offizieren, die mit Recht an einer solchen Wendung Anstoß genommen haben (Gelächter der Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Abg. Dittmann (Soz.) entgegnet, daß er gesagt habe, zweifellos falle das Bestehen der Mannschaftsmenagebestände zugunsten der Offiziersmessen unter den Kriegsverrat, so daß beim Nachweis eines solchen Diebstahls die schuldigen Offiziere hätten mit dem Tode bestraft werden müssen. (Unruhe.)

Vorsitzender Dr. Philipp (Dnat.) nimmt von dieser Erklärung Kenntnis, hält es aber für seine Pflicht, einzuschreiten, wenn legitimierte Mitglieder des Ausschusses sich durch Redewendungen beleidigt fühlen können.

Der Vorsitzende teilt dann mit, daß Vizeadmiral v. Trotha und Archivar Holtmann nicht als Sachverständige anwesend sind, sondern als Vertreter des Reichswehrministeriums und des Reichsministeriums des Innern. Er gibt weiter eine Zuschrift des völkischen Abg. Henning bekannt, der sich als Zeuge gegen die Aussagen Dittmanns anbietet. Der Ausschuß wird in einer vertraulichen Sitzung darüber beschließen, ob der Abg. Henning und evtl. noch andere Zeugen zu laden sind.

Das Wort erhält darauf Korvettenkapitän Canaris: Als er zu Beginn seiner Ausführungen erklärt, er müsse die von Dittmann gegen die Marinereaktion vorgebrachten Vorwürfe entschieden zurückweisen, erhebt sich bei den Sozialdemokraten und Kommunisten großer Lärm, die ihm zurufen:

er habe nicht zu kritisieren, sondern zu widerlegen.

Canaris führte in seiner Erwiderung aus: Die Rädel-führer der Meuterei in der Flotte hatten enge Beziehungen zu der USPD, und die von dort ausgehenden Einwirkungen stärkten ihnen den Rücken und lieferten ihnen das Material für ihre verwerfliche, die Disziplin untergrabende Tätigkeit. Außer der Einwirkung der USPD, hat ohne Zweifel eine Verbindung mit noch weiter links stehenden Gruppen, die aktiv auf die Revolution hinarbeiteten, bestanden.

Uffemündliche Belege lassen sich hierfür nicht angeben.

Jedoch geht es aus zahlreichen Aufrufen und schließlich auch aus nachträglichen Veröffentlichungen des Oberheizers Sachse hervor. Letztere müssen selbstverständlich mit Vorsicht gewertet, dürfen aber auch nicht völlig außer acht gelassen werden.

Reichpietsch und Sachse haben noch vor ihrer Verhaftung mit dem Parteisekretär der USPD, Sens in Kiel die Flottenstreiffrage besprochen. Reichpietsch war durch einen Brief Dittmanns eingeführt und berief sich bezüglich des Streiks ausdrücklich auf Dittmann. Canaris erzählt weiter lang und breit und in schnarrendem Offiziersdeutsch, Reichpietsch habe „gestanden“, von Dittmann ein Empfehlungsschreiben an den Vertrauensmann der USPD in Kiel, Sens, und ein solches an den Vertrauensmann in Wilhelmshaven, Büdeler, bekommen zu haben, um „mit ihm die Gründung einer Ortsgruppe und die Bewegung in der Marine zu besprechen“.

Daß die Gründung einer Parteigruppe weder verboten noch strafbar war, kommt dem „Republikaner“ Canaris offenbar gar nicht zum Bewußtsein!

Der Bericht des Genossen Dittmann ist heute als Buch im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin, erschienen unter dem Titel: „Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918. Dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den Weltkrieg“.

104 Seiten in schwarzweißem Einband mit den Porträts der ermordeten Matrosen, 1,60 M. Erhältlich in allen „Vorwärts“-Spezialitäten, in jeder Buchhandlung sowie direkt durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 2

„Ohne Abstand.“

In dem kleinen Inserat ist eine Zweizimmerwohnung angepriesen für 50 Mark Monatsmiete. Sie liegt in einer teuren Gegend des Westens, in der die meisten Häuser eigene Autogaragen oder andere dekorative Dinge besitzen. Nicht einmal Abstand wird verlangt, und die Wohnung ist außerdem noch zwangswirtschaftsfrei. Es ist, als ob ein weißer Philantrop unaufdringlich den Bedrängten helfen möchte, ein seltenes Gemüt findet in stillem Wohlstand Genüge. Allerdings bleibt im Inserat die Frage offen, ob die Wohnung möbliert oder leer ist. Das Haus sieht vornehm aus. Das Bestül verleiht Warmnachahmungen und schlechte Wandgemälde. Es wohnen hier Leute, die sich sicherlich den Kopf über schwierige Bilanzen zerbrechen und dazu mindestens eine Siebenzimmerwohnung gebrauchen. In der vierten Etage liegt die inserierte Wohnung, in der zweiten höhen bereits die schweren Treppenhäuser auf. Die Wohnung ist bestimmt ein Teil des Bodens gewesen, was auch später ein freundlich lächelnder Herr milde bestätigt. Ursprünglich sei es ein Zimmer gewesen, dann hätte man die Wand nach dem Boden durchbrochen, und so sei denn diese Wohnung entstanden. Ja, er hätte das selbst machen lassen, ein guter Gedanke, seine Augen funkeln dabei vor heimlichem Stolz. Aber jetzt möchte er sie los werden, er will mit seiner Frau auf Reisen gehen. Was soll er ständig in Berlin? Die Wohnung ist sehr elegant möbliert, auch ein Telephon ist vorhanden, es steht etwas amhaßend auf dem großen Diplomatenschreibtisch, an dem scheinbar noch niemand gearbeitet hat. Die Möbel sind selbstverständlich in den Mietpreis einbezogen. Ja, aber das Kosten kostet Geld. Deshalb wolle er vermieten. Bei dieser Feststellung ist der Herr tief philosophisch geworden. Mit 50 Mark ist nicht viel anzufangen, aber die Wohnung sei auch ohne Abstand zu haben, und seine Möbel stelle er ebenfalls zur Verfügung, deshalb bedeute doch ein Darlehen von zweitausend Mark keine übertriebene Forderung. Die Möbel, soend streicht der Herr dabei über den Schreibtisch, böten doch genügende Sicherheit. Über die Wohnung ist ohne Abstand zu vermieten.

Zäwerner Verkehrsunfall in Tempelhof.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 96 und einem Kohlen-Lastwagen erregte sich heute vormittag gegen 110 Uhr in Tempelhof an der Ecke des Deutschen Ring und der Berliner Straße. Der Führer des Straßenbahnwagens konnte seinen Wagen nicht rechtzeitig zum Halten bringen und fuhr auf den Anhänger des Lastwagens auf. Der Anprall war so heftig, daß der Führer des Straßenbahnwagens, Max Fehling, vom Perron geschleudert wurde und bewußtlos auf dem Pflaster liegen blieb. Mehrere Personen, die auf dem Perron standen, erlitten gleichfalls mehr oder minder schwere Verletzungen. Der Schuhmacher Rehtow aus Reutal, Weserstr. 145, zog sich einen komplizierten Beinbruch zu. Während die anderen Verletzten nach Anlegung von Rotverbänden auf der Rettungsstelle wieder entlassen werden konnten, wurde Fehling durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes nach dem Krankenhaus Am Urban und Rehtow nach dem Reutaliner Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Straßenbahnführers ist ernst, doch nicht lebensgefährlich. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt.

Vier linke Schuhe.

In einem Schuhwarengeschäft im Zentrum erschien ein Junge von etwa 12 Jahren und bat, ihm vier linke Schuhe mizugeben, damit seine Mutter ihm etwas Passendes anschauen könne. Er werde dann wiedertommen und das passende Paar kaufen. Weil man annahm, daß der kleine Kunde mit den linken Schuhen allein doch nichts anfangen könne, so gab man ihm ohne Argwohn die gewünschten vier Stück mit. Der Junge ließ sich aber nicht wieder sehen und keine Angaben erwiefen sich als Schwindel. Wahrscheinlich wird nun das pfiffige Bürschchen versuchen, in einem anderen Laden sich durch gleiche Schwindelereien vier rechte Schuhe zu verschaffen, sodah er dann vier Paar beisammen hat.

Wieder zahlreiche Glatteisfälle.

Das sonderbare Naturereignis, das sich heute morgen den Berliner Straßenpassanten bot — nämlich ein ausgesprochen heftiger Regen bei 3 Grad Kälte — sorgte nicht nur für die Vereisung der Kleidung, sondern verwandelte auch Straßenränder und Bürgersteige in spiegelglatte Flächen. Nachdem gestern die Zahl der Glatteisfälle auf drei herabgegangen war, ereigneten sich heute vormittag wieder wahre Massenfälle. Nicht weniger als achtzehn Personen wurden allein auf den Rettungstellen behandelt. Eine Frau, die sich mehrere Rippenbrüche zuzog, mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Nachdem gestern abend das Quecksilber noch 10 Grad Kälte zeigte, stieg die Temperatur in den heutigen Morgenstunden erheblich und kam dem Nullpunkt verdächtig nahe. Der schon seit einigen Tagen erwartete Schneefall setzte ein, und gegen Mittag gab es bereits Regen mit Schnee. Das schönste Tauwetter hat eingesetzt. Dieser plötzliche Wetterumschlag findet seine Erklärung in dem Herannahen eines Tiefdruckgebietes, das, vom Atlantik kommend, auf seiner Vorderseite sehr viel warme Luft mit sich führt. Eine große Zahl von Tiefdruckwirbeln erstreckt sich von Westeuropa quer über den Atlantik, und die wahrcheinliche Annäherung dieser einzelnen Wirbel wird für die nächste Zeit — so sagen die Wetterpropheten — mildes, aber auch regnerisches Winterwetter bringen.

Zwischenfall bei einem Demonstrationsumzug. Gelegentlich eines Umzuges der Kommunisten mit Musik kam es gestern abend an der Bismarck-Ecke Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg zu einem Zwischenfall, da die Umzügler den Anordnungen des dortigen Schupobeamten, die Demonstration mit Rücksicht auf den Verkehr zu unterbrechen, nicht Folge leisteten. Die Menge tobte und beschimpfte den Beamten, worauf einige Umzügler festgenommen wurden.

Aufnahmeprüfungen für die Förderklassen. Zu Ostern 1926 finden wiederum Prüfungen derjenigen Schüler statt, die in die Förderklassen des Köllnischen Gymnasiums aufgenommen werden wollen. In Frage kommen begabte Schüler der II.-O.-Klasse. Der Bezirksschulsausschuß Berlin 1 bis 6 hat daher von den Bezirksämtern wie auch von den Direktoren der Gemeindegemeinschaften der Bezirke 1 bis 6 bis spätestens 20. Februar Meldungen von geeigneten Anaben erbeten. Auf Antrag werden bei festgestellter Bedürftigkeit Freischule und freie Vermittel gemährt, soweit die seinerzeit geltenden Grundätze dies zulassen. Die Entscheidung hierüber trifft der Bezirksschulsausschuß Berlin 1 bis 6. Auf keinen Fall darf den Kindern oder Eltern Schulgeld und Lernmittelfreiheit zugesagt werden. Der Behrang der Klassen des Köllnischen Gymnasiums teilt sich nach zwei Jahren in eine gymnasiale Abteilung mit Griechisch (von OIL an auch Englisch und Hebräisch) und eine realgymnasiale Abteilung mit Englisch. Er fördert in sechs Jahren bis zur Reifeprüfung und erstrebt eine Bildung, die für akademische Berufe vorbereitet. Die Realschule führt in drei Jahren bis zum Reifezeugnis für Obersekunda. Der Zögling kann dann in das Leben treten, hat aber auch Anschluß an die Berliner Oberrealschulen, die ihn in weiteren drei Jahren bis zur Reifeprüfung bringen können.

Zur Beschaffung eines Erholungsheims ist den Polizeibeamten Berlins die Veranstaltung einer Lotterie bewilligt worden, deren Ziehung am 11. und 12. Februar d. J. stattfindet.

